

## Erfolgreiche Massenarbeit durch zielstrebige Führung

Die Betriebsparteiorganisation des Berliner Ostbahnhofs gab mit der Agitation zu dem erneuten Friedensangebot der Sowjetunion vom 9. Januar und zu dem persönlichen Schreiben des Genossen Bulganin an die Regierungschefs verschiedener Länder ein gutes Beispiel. Die Genossen der Parteiorganisation reagierten wie zu anderen politischen Ereignissen auch diesmal sofort, indem sie die Kollegen in einzelnen Gesprächen auf die sowjetischen Vorschläge aufmerksam machten und sie über deren Inhalt informierten.

Die Parteileitung war jedoch der Meinung, daß diese individuelle Agitation über die sowjetischen Friedensvorschläge nicht ausreicht, um tatsächlich eine Volksbewegung zur Unterstützung dieser Vorschläge zu entfachen. In einer Mitgliederversammlung am Tag nach der Erklärung des Genossen Otto Grotewohl, in der er einen Volksentscheid über die Teilnahme beider deutscher Staaten an einer atomwaffenfreien Zone vorgeschlagen hatte, berieten die Genossen der Betriebsparteiorganisation, wie sie die politische Massenarbeit verstärken könnten.

Die Mitgliederversammlung legte fest, der Jugendbrigade des Bahnhofs zu empfehlen, einen Aufruf an alle Kolleginnen und Kollegen des Bahnhofs zu richten und sie zur politischen Aktion aufzufordern. An die Jugendbrigade wandten sich die Genossen deshalb, weil diese am folgenden Tage zur Beratung über ihre Teilnahme am Titelkampf „Hervorragende Jugendbrigade der Deutschen Demokratischen Republik“ Zusammenkommen wollte und weil diese Brigade im Jahre 1957 rund 300 Tage unfallfrei gearbeitet hatte. Diese Leistung der Jugendbrigade wird allgemein von den Kollegen des Bahnhofs voll anerkannt, und die Genossen erwarteten daher, daß sich die Kollegen auch einem politischen Aufruf der Brigade anschließen würden.

Nach einer Diskussion nahm die Jugendbrigade eine Entschliebung an, in der sie die sowjetischen Friedensvorschläge und die Erklärung Otto Grotewohls unterstützte. In einem Aufruf verpflichtet sie sich, westdeutsche Kollegen mit diesem Programm zur Sicherung des Friedens bekannt zu machen. Weiter heißt es in dem Aufruf u. a.: „Wir rufen deshalb die Brigaden, Kolleginnen und Kollegen unseres Bahnhofs auf, die von uns zur Verlesung gebrachte Entschliebung zu diskutieren und ihr geschlossen zuzustimmen. Helft alle mit, daß die Vorschläge unserer Regierung, besonders in Westberlin und Westdeutschland, verbreitet und diskutiert werden. Übersendet Euren Verwandten und Bekannten die Vorschläge und Eure Stellungnahmen.“ Die Jugendbrigade entwarf auch einen Brief an die Personalvertretung des Hauptbahnhofs Hannover und forderte die anderen Kollegen auf, ebenfalls ihre Zustimmung zu dem Brief zu geben.

Die Genossen der anderen Brigaden des Bahnhofs erhielten den Parteauftrag, nun in den Brigaden Kurzversammlungen zu dem Aufruf der Jugendbrigade zu organisieren. Besonderes Gewicht wurde darauf gelegt, daß die Brigadeleiter, es sind alles parteilose Kollegen, auf diesen Brigadeversammlungen selbst zu der Entschliebung und zu dem Aufruf der Jugendbrigade sprechen.

Die Parteileitung empfahl der Leitung der FDJ, kurzfristig Versammlungen mit den Betriebs- und Verkehrslehrlingen zu organisieren, in denen dann die Jugendlichen aus eigener Initiative einen Brief an die Junghelfer des Hauptbahnhofs Hannover gerichtet haben.

Die Genossen in der BGL setzten sich dafür ein, daß die Gewerkschaftsfunktionäre die Durchführung der Kurzversammlungen unterstützten. Außerdem werden Anschriften für den Briefverkehr mit gewerkschaftlichen Organisationen